

«Wir haben eine Passion für Dramatisierung»

Paul Widmer war schon als Diplomat ein streitbarer Geist. Mit Marc Tribelhorn und Christina Neuhaus spricht der Alt-Botschafter über seine bäuerliche Herkunft, das erodierende Erfolgsmodell Schweiz – und die Tücken der Neutralität

Herr Widmer, Ihr neues Buch trägt den Titel: «Die Schweiz ist anders – oder sie ist keine Schweiz mehr». Haben Sie Verlustängste?

Wir schätzen zu wenig, was wir an der Schweiz haben. Das zeigt sich gerade beim Thema Neutralität. Die Neutralität gehört so selbstverständlich zur Schweiz wie das Matterhorn – und doch steht sie nun infrage. Aber die Idee zum Buch entstand schon vor dem Ukraine-Krieg. Mit Besorgnis registriere ich seit Jahren, wie die Demokratie international auf dem Rückzug ist. Wir dagegen können in allen wichtigen Fragen mitbestimmen. Bei uns lebt zudem der Föderalismus noch, das Milizsystem, die Mehrsprachigkeit. Wir sind für nicht wenige im Ausland ein Vorbild – und ein Alternativmodell.

Und dennoch orten Sie in der Schweiz Degenerationserscheinungen.

Heute steigt der Druck auf die Schweiz von allen Seiten, sich den üblichen Standards anzupassen. Das Verständnis für die Eigentümlichkeit des Schweizer Staatswesens hat im Ausland abgenommen. Und viele Schweizer möchten dem Druck lieber nachgeben als ihm widerstehen. Auch nimmt bei uns die Eigenverantwortung ab, während die Ansprüche an den Staat steigen. Und es grassiert zunehmend ein blasierter Sendungsbewusstsein, das nichts anderes ist als Hybris: als hätte die Schweiz die höchsten ethischen Standards verwirklicht und als müsste sich die ganze Welt danach richten.

Was macht denn die gute alte Schweiz aus, die es zu erhalten gilt?

Für unsere Reason d'être brauchen wir ein Plus an Freiheit im Vergleich zu den anderen Ländern. Was die Schweiz zusammenhält, ist der Wille zur Freiheit. Wir wollen nicht Schweizer sein wegen einer gemeinsamen Sprache oder Kultur, sondern wegen der persönlichen Freiheit. Ein gesundes Misstrauen gegenüber politischer Macht gehört hierzulande dazu. Ich habe über ein Drittel meines Lebens im Ausland verbracht und die Vorteile unseres Staatswesens schätzen gelernt.

Ist das der Grund, weshalb Sie nie zum Internationalisten wurden wie viele Ihrer Diplomatenkollegen?

Von meiner Herkunft her war ich nicht für die Diplomatie prädestiniert. Ich wuchs als Bauernsohn im Toggenburg auf. Als ich später in Zürich Geschichte studierte, wollte ich dann hochnäsig die grosse Weltgeschichte spüren. Erst nach einigen Semestern entwickelte ich ein Interesse für lokale Geschichte. Verwurzelung im Toggenburg und Verbundenheit mit der Welt: Dieser Widerspruch begleitete mich auch als Diplomat – und das half mir: Als Diplomat sucht man internationale Lösungen. Aber in der Schweiz ist die Politik stärker rückwärtsgebunden als anderswo, die Bevölkerung redet immer mit.

Der Sonderfall Schweiz steht zur Diskussion. Wieso muss die Schweiz an der Neutralität festhalten?

Es gab in der Schweizer Geschichte immer Personen, die vom Sonderfall nichts mehr wissen wollten. Die Neutralität hatte schon im 19. Jahrhundert Gegner, unter ihnen Bundesräte und hohe Offiziere, die sich nicht einengen lassen wollten. Ich würde ja auch sagen, dass die Neutralität heute theoretisch keine Berechtigung mehr hat. Die Uno-Charta statuiert den Gewaltverzicht, und wenn der Krieg international geächtet ist, braucht es auch keine Neutralen mehr. Nur sieht die Realität anders aus: Seit der Gründung der Uno hatten wir über hundert Kriege. Und solange die kollektive Sicherheit nicht funktioniert, hat die Neutralität ihre Berechtigung, auch als internationales Friedensinstrument.

Im Sinne der Guten Dienste? Staaten wie Norwegen zeigen doch, dass es da-

für schon längst keine Neutralen mehr braucht.

Die Guten Dienste der Schweiz werden überschätzt, da bin ich ganz bei Ihnen. Der Sinn dieses Instruments ist es, in schwierigen Situationen zu helfen. Und es gibt natürlich Konflikte, in denen ein Neutraler als Vermittler geeignet ist. Die Schweiz hat sich über Jahrzehnte eine glaubwürdige Position aufgebaut, mit Genf als Ort für Gespräche. Aber unsere Aussenpolitik funktioniert auch ohne Gute Dienste. Und in vielen Bereichen können das andere besser, vor allem die Grossmächte, denn es braucht Power hinter Verhandlungen.

Der russische Angriffskrieg wird als Zeitenwende gesehen. Sollte sich die Schweiz nicht auch bewegen?

Das Exzeptionelle einer Situation wird in jeder grösseren Krise behauptet – und stimmt doch nicht! Ich könnte Ihnen zig Beispiele aufzählen, nenne aber nur einen krassen Fall: Im Ersten Weltkrieg verhielten sich die Amerikaner lange neutral, waren die Anführer der neutralen Staaten. Dann traten sie 1917 in den Krieg ein, und Präsident Wilson erklärte unverzüglich: Jetzt ist Neutralität nicht mehr möglich. Da musste die Schweiz standhaft bleiben. Im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg übrigens auch.

Die internationale Ordnung ist heute eine andere. Gerade der Kleinstaat ist darauf angewiesen, dass das Völkerrecht respektiert wird. Und der Druck von unseren Partnern nimmt zu: Scott Miller, der amerikanische Botschafter in Bern, bezeichnete die Schweiz als Loch eines Donuts.

So wie sich gewisse Botschafter mittlerweile äussern und in innere Angelegenheiten einmischen, das wäre in der klassischen diplomatischen Lehre verpönt gewesen. Heute ist diese Megafon-Diplomatie überall. Und ja, der Druck hat zugenommen. Aber wenn wir finden, unsere Neutralität sei richtig oder zumindest nicht völlig falsch, dann müssen wir auch in der Lage sein, den Druck auszuhalten, und nicht Everybody's Darling sein wollen. Insofern begrüsse ich es sehr, wenn neben der SVP auch Sozialdemokraten wie Bundespräsident Berset und der Zürcher Ständerat Jositsch Gegensteuer geben.

Sie haben einmal über die Neutralitätsdebatte geschrieben: «Nur Mut! Die Sache ist weniger kompliziert, als es den Anschein hat.» Soll heissen?

Unsere Neutralität entspricht dem kategorischen Imperativ von Immanuel Kant im Buch «Zum ewigen Frieden»: keinen Krieg beginnen, keinen Krieg unterstützen, sich raushalten. Das Neutralitätsrecht sagt bekanntlich nichts zum Wirtschaftskrieg. Also muss die Schweiz den neutralitätspolitischen Weg selbst bestimmen. Wirtschaftssanktionen, die vom Uno-Sicherheitsrat verhängt werden, setzen wir um. Zudem kann der Bundesrat nach eingehender Prüfung auch Sanktionen von Organisationen wie der OSZE oder wichtiger Handelspartner wie der EU und der USA durchsetzen. Im Courant normal aber schliesst sie sich den Sanktionen nicht an, unternimmt jedoch alles, um die Sanktionen nicht zu unterlaufen. Unser Handeln muss ethisch und glaubwürdig sein, auch bei den Gesetzen. Da haben wir leider Fehler gemacht und uns peinliche Schlaumeiereien geleistet.

Zum Beispiel?

Das Parlament war nicht gerade in Höchstform, als es beim Geldwäschergesetz die Anwälte und Treuhänder ausnahm – und jetzt sind wir international unter Druck wegen dubioser Geldtransfers. Beim Rohstoffgeschäft sehe ich ein noch grösseres Reputationsrisiko. Wenn in der Schweiz eigens Firmen gegründet werden, um Umgehungsgeschäfte zu ermöglichen, läuft doch etwas schief! Das muss schnellstmöglich unterbunden



«Heute ist die Megafon-Diplomatie überall»: Paul Widmer beim Bundeshaus in Bern.

ANDREA ZÄHLER / CH MEDIA

«Wir haben Fehler gemacht und uns peinliche Schlaumeiereien geleistet.»

werden. Aber es fehlt hier offensichtlich an Weitsicht.

Nachdem Putin die Ukraine angegriffen hatte, schloss sich die Schweiz den Sanktionen der EU an. Das war im Einklang mit der bundesrätlichen Neutralitätspolitik der letzten Jahrzehnte, wie Sie selbst sagen. Wieso haben Sie sich geärgert?

Ich bedaure es sehr, wie der Bundesrat in dieser Frage geschwankt hat. Zuerst wollte er selbst entscheiden, dann erklärte er vier Tage später, er übernehme jetzt die Sanktionen der EU. Dieser Schritt erfolgte auf massiven Druck von aussen. Das Wesen der Neutralität ist die Unparteilichkeit. Wir senden ein seltsames Zeichen aus, wenn wir ohne nähere Prüfung und Reflexion die Sanktionen einer Gruppe von Staaten übernehmen, die einen kriegführenden Staat unterstützen – auch wenn dieser angegriffen wurde. Wir machen uns andernfalls auch nicht zu Putin-Freunden: Der Bundesrat hat den völkerrechtswidrigen Überfall der Ukraine mehrmals unmissverständlich verurteilt.

Letzte Woche wurde der ukrainische Präsident Selenski per Videotelefonie ins Bundeshaus zugeschaltet. War das eine gute Idee, in einem Land, das sich immer noch für neutral hält?

Ich fand es keine gute Idee, ausgerechnet im Parlament, der politisch höchsten Stelle der Schweiz. Aber mit dieser Ansicht bin ich einsam. Es gab kurz nach Kriegsbeginn schon eine Videoschaltung von Selenski auf dem Bundesplatz. Es ist völlig in Ordnung, wenn der Präsident eines angegriffenen Landes zur Schweizer Zivilgesellschaft spricht. Aber wenn dann der damalige Bundespräsident Ignazio Cassis auch noch auftritt und mit ihm fraternisiert, dann geht das zu weit. Wir kennen in der Schweiz keine Gesinnungsneutralität. Die Bürger und die Medien können sagen und schreiben, was sie wollen. Aber auf staatlicher Ebene ist Zurückhaltung angesagt: Grosse Solida-

rität ist richtig, aber zu viel Parteilichkeit ist falsch.

Von einer Annäherung an die Nato, wie sie nun insbesondere bürgerliche Sicherheitspolitiker fordern, halten Sie wohl nicht viel.

Bei der Nato plädiere ich für grosse Zurückhaltung. Ich finde, wir sind schon in den 1990er Jahren zu weit gegangen mit der Partnerschaft für den Frieden. Zweck dieser Vereinigung ist die Zusammenarbeit zwischen der Nato und Staaten, die keine Nato-Mitglieder sind. Inzwischen haben 16 der Unterzeichnerstaaten das Trainingslager genutzt und sind der Nato beigetreten. Wie sollen da die anderen glauben, dass wir weiter neutral seien, wenn wir da mitmachen?

Was spricht gegen eine Interoperabilität mit der Nato für den Fall, dass die Schweiz dereinst angegriffen würde?

Dass wir Waffensysteme haben, die interoperabel sind, ist zielführend. Aber wenn ich sehe, dass in einem Zusatzbericht zum sicherheitspolitischen Bericht schon über Nato-Übungen in der Schweiz nachgedacht wird, dann geht das zu weit. Es wäre eine flagrante Verletzung des Neutralitätsrechts. Ein EU-Beitritt wäre mit der Neutralität übrigens auch nicht kompatibel, obwohl der Bundesrat das in seinem Neutralitätsbericht von 1993 festgehalten hat. Mit dem Lissabon-Vertrag von 2007 haben sich nämlich alle EU-Staaten verpflichtet, schrittweise eine gemeinsame Verteidigungspolitik festzulegen.

Sie sind generell kein Verfechter einer Annäherung an die EU.

Ach, natürlich ist eine solche wünschenswert. Aber zu welchem Preis? Am gescheitesten wäre der Ausbau des bilateralen Wegs, mit einem neuen Paket an Verträgen. Was mir nicht passt, sind die dynamische Rechtsübernahme und der Europäische Gerichtshof. Wobei ich zugeben muss, dass die dynamische Rechtsübernahme in 98 Prozent der Fälle Sinn ergibt. Aber mit unserer direkten Demokratie brauchen wir die Möglichkeit eines Opting-out. Und vielleicht braucht es dann für die Schweiz noch eine Ventilklause in gewissen Bereichen, was aber keine grosse Hürde wäre.

Das ist doch Wunschenken. Die Zeit läuft, die bilateralen Verträge werden nicht mehr aufdatiert, der Zugang zum Binnenmarkt für die Schweiz wird erschwert. Und irgendwann diskutieren wir wieder über ein neues Rahmenabkommen.

Das mag sein. Aber: Wie gross ist denn derzeit der Leidensdruck? Ich würde sagen: sehr gering. Wir haben in der Schweiz eine Passion für Dramatisierung. Wir schliessen aus unseren Erfolgen auf zukünftige Misserfolge, was eigentlich anthropologischer Unsinn ist. Denn üblicherweise geht man, wenn man Erfolg hat, davon aus, dass man das nächste Mal wieder Erfolg haben wird.

Und wie sieht die Zukunft des Erfolgsmodells Schweiz aus? Mit Rezepten, wie der Sonderfall weiterentwickelt werden könnte, halten Sie sich in Ihrem Buch auffällig zurück.

Ich bin geprägt von meinen Erfahrungen als Diplomat auf dem Balkan, als intelligente Köpfe auf Papier festhielten, wie sich die neuen Staaten Ex-Jugoslawiens entwickeln sollten – mit mässigem Erfolg. Mir ging es beim Buch um die Rückbesinnung auf die Stärken der Schweiz. Ich bin überzeugt, dass man aus der Geschichte lernen kann, zwar weniger, wie man es machen muss, als vielmehr, wie man es nicht machen darf. Oder um es mit Michel de Montaigne zu sagen: Manchmal ist es wichtiger, das Erworbene zu pflegen, als es mit angeblichen Neuerungen weiterzuentwickeln.

Paul Widmer: Die Schweiz ist anders – oder sie ist keine Schweiz mehr. NZZ Libro 2023. 128 S., Fr. 27.90.